

Die Frage nach der Vermittlung von mehr Chinakompetenz an den Universitäten ist angesichts der rasanten Bedeutungszunahme der Volksrepublik China in der Weltwirtschaft und internationalen Politik seit geraumer Zeit ein brennendes Thema in den Medien und zunehmend auch in der deutschen Hochschulpolitik. Die Debatte ist längst verknüpft mit einem medialen Angriff auf jene „Chinaversteher“ innerhalb der deutschen Sinologenzunft, die angeblich nicht die Kompetenzen generieren, die für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit dem autoritären China der Gegenwart notwendig sind. Die deutschen Sinologen und Sinologinnen, so argumentieren Journalisten und einige Chinawissenschaftler, hätten noch gar nicht begriffen, mit welcher Gefahr sie es zu tun hätten. Aus Naivität, plumpem Opportunismus oder aufgrund von Einschüchterung ignorierten oder verharmlosten sie Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik und die, angeblich zunehmend erfolgreichen, Bemühungen des KP-Regimes, die deutschen Universitäten zu unterwandern. Einige, wie der in Nottingham lehrende deutsche Chinawissenschaftler Andreas Fulda, gehen so weit, der deutschen Chinaforschung moralisches Versagen und Duckmäusertum im Umgang mit der Volksrepublik China vorzuwerfen und nach einem staatlichen Durchgriff zu verlangen, um die Universitäten chinapolitisch endlich auf Vordermann zu bringen.

Mit fadenscheinigen Argumenten und vagen Verdachtsmomenten soll suggeriert werden, dass sich die deutsche Chinaforschung auf breiter Front in Selbstzensur übe und von außen manipuliert werde. So behauptet Fulda etwa in einem im Herbst 2021 erschienenen Aufsatz, die Chinaforschung an deutschen Universitäten sei hochgradig abhängig von „fragwürdigen“ Finanzierungen und viele ihrer chinabezogenen Studienprogramme könnten ohne finanzielle Unterstützung aus der Volksrepublik China nicht mehr angeboten werden. Für diese Tatsachenbehauptung, wie auch für viele andere, fehlt jeglicher Beleg. Solchen Charaden muss entschlossen entgegengetreten werden. Sie offenbaren ein neues moralisierendes Kreuzrittertum, das einer sachgerechten intellektuellen Auseinandersetzung mit einem einflussreichen werden den China ebenso wenig dient wie der Stärkung sinologischer Kompetenz an den deutschen Hochschulen.

Die deutsche Chinaforschung befindet sich im Spannungsfeld einer zunehmend virulenteren Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und China einerseits und einer seit dem Machtantritt Xi Jinpings immer repressiveren innerstaatlichen Politik andererseits. Dieses Spannungsfeld hat zur Entstehung eines chinakritischen Narrativs in den deutschen und internationalen Medien geführt, das von einigen Chinaexperten, wie etwa Mareike Ohlberg vom German Marshall Fund, konsequent bedient und verstärkt wird. Sie üben einen erheblichen öffentlichen Druck auf die Chinaforschung aus, sich dieses Narrativ zu eigen zu machen. Die Perspektive auf das gegenwärtige China ist dadurch einseitig geworden, begleitet von einem moralischen Rigorismus, der keine argumentative Differenzierung mehr zulassen will. Zwar hat sich eine Gegenbewegung gebildet. So beziehen namhafte Sinologen in der jüngsten Ausgabe der Fachzeitschrift „minima sinica“ Stellung gegen einen „feindseligen China-Diskurs“. Doch die meisten von ihnen stehen am Karrierende und argumentieren in Teilen ebenso einseitig wie die Gegenseite.

Wie sollte sich die deutsche Chinaforschung vor diesem Hintergrund normativ und wissenschaftspolitisch positionieren? Wie kann sie sicherstellen, dass ihr Blick auf China hinreichend objektiv bleibt? Und welche Art neuer Chinakompetenz brauchen wir an den Universitäten und im gesellschaftlichen Raum, um jungen Men-



Der Zukunft zugewandt: die Binhai-Bibliothek in Tianjin

Foto Getty

Gegen das moralische Kreuzrittertum

Chinaforschung ist kein politischer Aktivismus. Sie muss taktische Zugeständnisse machen, um den Weg der Erkenntnis offen zu halten. Die Konformismusvorwürfe mancher Beobachter entbehren der Grundlage.

Von Björn Alpermann und Gunter Schubert

schen zu vermitteln, wie man dieses Land unter den neuen geopolitischen und ökonomischen Bedingungen verstehen und wie man mit ihm umgehen sollte?

Drei Voraussetzungen sind aus unserer Sicht für eine sachgerechte und zukunftsorientierte Auseinandersetzung mit China mehr denn je entscheidend: 1) der Zugang zum Land; 2) die Ablehnung einer „moralischen Eignungsprüfung“ für Chinaforscher; und 3) das Festhalten am Dialog mit den chinesischen Hochschulen.

Im Einzelnen: Wer Wissen über China vermitteln will, braucht Daten aus erster Hand. Dafür ist der Zugang zum Land unerlässlich. Es ist die gegenüber der Öffentlichkeit bestehende Verpflichtung eines jeden Hochschullehrers als aus Steuermitteln alimentierten Experten, empirisch gesichertes Wissen über China zu schaffen, und zwar am besten durch eigene Anschauung und Analyse. Dieser eigentlich selbstverständliche Ansatz wirft verschiedene Probleme auf, mit der die deutsche Chinaforschung seit Jahren ringt. Zwei davon sind fundamental, eines in forschungspraktischer Hinsicht, das andere in wissenschaftsethischer Hinsicht: Wie lassen sich belastbare Daten generieren, wenn der Zugang zu China immer schwie-

riger wird und die Hürden, mit Partnern vor Ort zu kooperieren, immer höher werden? Und welche Haltung soll die Chinaforschung zu den stetig lauter werdenden Forderungen einnehmen, nicht zuletzt aus ihren eigenen Reihen, klar Stellung zu nehmen gegen chinesische Menschenrechtsverletzungen? Vor allem dann, wenn diese Kritik dazu führen kann, dass Einreisevisa nicht mehr erteilt und Kooperationen mit Forschungspartnern vor Ort verunmöglicht werden, diese gar in politische Schwierigkeiten geraten?

Dies erfordert kreative Forschungsstrategien. Wenn Chinaforscher sich aber darauf verstehen, ihre Themen in einer politisch sensibilisierten Weise zu „framen“, um ihre Arbeit in China tun zu können, ist der Vorwurf der Herrschaftsapolitologie und der Selbstzensur nicht weit. Dann wirft man ihnen vor, um des Zugangs zum Land willen keine kritische Forschung mehr betreiben zu wollen, Menschenrechtsverletzungen zu verschweigen und sich so zum bereitwilligen Erfüllungsgehilfen der ideologischen Propaganda des KP-Regimes zu machen. Dass aber solche Mimikry unabdingbar und eine gut geübte Praxis für die Generierung wertvoller Erkenntnisse über die

inneren Zustände autoritärer Systeme in allen Weltregionen ist, wird dabei gern übersehen – genauso wie man bestreitet, dass die Forscher über genügend Selbstreflexivität und Sensibilität verfügen, ihre gewonnenen Daten so zu analysieren und zu präsentieren, dass wissenschaftliche Seriosität gewährleistet ist.

Hier führt das chinakritische Narrativ eher zum Generalverdacht, dass alle Chinaforscher bestochen, manipuliert oder eingeschüchtert sind. Eine solche Sicht ignoriert nicht nur eine überaus kritische Community von Peers, die ein genaues Auge auf den Forschungsoutput hat und empirische Defizite meistens treffsicher identifiziert. Sie unterstellt der deutschen Chinaforschung zudem pauschal – und nachweislich falsch –, nicht öffentlich gegen Menschenrechtsverletzungen Stellung zu nehmen. Insgesamt stellen wir ein unbegründetes Misstrauen in die Selbstregulierungskapazitäten der deutschen Chinaforschung fest, nebst einer erstaunlichen Arroganz derer, die sich den Herausforderungen von empirischer Forschung in China gar nicht erst stellen und lieber

lautstark nach Abschottung und normativem Purismus verlangen.

Zweitens: Sicherlich braucht die Chinaforschung einen moralischen Kompass und eine ethisch informierte Forschungsstrategie. Aber entmoralisiert die Tatsache schwerer Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren in Xinjiang und an Regimekritikern im ganzen Land eine empirisch orientierte Chinaforschung, die, um des Zugangs zum Forschungsfeld willen, taktische Kompromisse beim Forschungsdesign macht? Oder ist nur solche Forschung noch legitim, die sich allein diesen Problemen widmet und dabei bewusst in Kauf nimmt, China nur von außen beobachten, aber nicht mehr von innen erforschen zu können?

Genauso entschieden ist der Forderung des neuen Kreuzrittertums wider die (deutsche) Chinaforschung entgegenzutreten, dass sich diese kontinuierlich öffentlich über die Missstände in China zu äußern und diese anzuprangern hätte – sei es über die Medien oder, mindestens, mit ihrer Unterschrift unter offene Briefe, die Solidarität mit sanktionierten Kollegen oder von der KP China verfolgten Dissidenten demonstrieren sollen. Andernfalls, so der bereits zitierte Andreas

Fulda mit seinem Mitstreiter David Missal in einem jüngst veröffentlichten Text, hätten die Sinologen „ihre Prüfung nicht bestanden“. Wir halten dagegen, dass die zentrale Aufgabe der Chinaforschung, Wissen über China zu schaffen, getrennt von der Frage zu verhandeln ist, wie sich ihre Wissenschaftler auf normativer Ebene zu autoritären Regime in China positionieren. Eine Verknüpfung dieser Aspekte unterwirft die Chinaforschung einer Sinnungsprüfung, die „akzeptable“ von „nicht akzeptabler“ Forschung unterscheiden will und damit letztlich nur einen Echoraum für unsere eigene Sicht auf die Dinge erzeugt. Substantielle Chinakompetenz darf aber nicht darauf verzichten, auch die chinesische Perspektive zu rekonstruieren und zu verstehen. Das hat nichts mit Opportunismus zu tun, sondern entspricht den Erfordernissen solider wissenschaftlicher Arbeit!

Drittens, die Chinaforschung und sinologische Ausbildung bedürfen der institutionalisierten Hochschulkooperation mit China, so schwierig diese auch sein mag. Das neue Kreuzrittertum wird nicht müde, darauf hinzuweisen, wie sehr die chinesische Regierung angeblich in die deutschen Universitäten hineinregiert – etwa über ihre Konfuzius-Institute, ein staatlich organisiertes Spitzeltum oder die regierungsgesteuerte Manipulation von Universitätsleitungen durch Angebote für die Einrichtung von chinesischen Stiftungsprofessuren.

Dies alles sind Probleme, denen die deutschen Universitäten zukünftig strategisch begegnen müssen. Aber die Forderung, die Kooperation mit chinesischen Universitäten straff zu regulieren oder gar einzustellen, ist kurzfristig und zeugt von einem bemerkenswerten Unverständnis des Verhältnisses von Staat und Hochschule in China. Letztere stehen derzeit zwar unter besonders hohem Druck, ideologisch die Fahne des „Sozialismus chinesischer Prägung“ hochzuhalten; sie sind deshalb aber keinesfalls einfache Erfüllungsgehilfen und Rekrutierungsorgane der parteistaatlichen Machtpolitik. Vielmehr handelt es sich nach wie vor um Orte, wo die chinesischen Eliten von morgen ausgebildet werden und Möglichkeiten für kritische Debatten mit westlichen Perspektiven auf China, und umgekehrt, bestehen. Die Chinaforschung insgesamt hat die Pflicht, diese Kanäle zu erhalten, ganz egal, welchem hochschulpolitischen Regime die chinesischen Universitäten und ihr Personal ausgesetzt sind.

Die deutsche Chinaforschung braucht den Zugang zu China, um das über China erforderliche Wissen zu generieren und bereitzustellen. Dies ist ihre primäre Aufgabe – nicht die moralische Verurteilung eines autoritären Regimes und auch nicht, dem „Entkoppelungswahn“ eines chinakritischen Narrativs politisch interessierter Kreise und moralisierender Kreuzritter in die Hände zu arbeiten. Zweifellos darf die Chinaforschung kritische Probleme wie die Menschenrechtssituation im Land oder die neoimperialen Zumutungen des KP-Regimes nicht ausblenden. Genau das tut sie aber nicht, sondern wird dieser Aufgabe, in arbeitsteiliger Weise, sehr wohl gerecht – so befassen sich beispielsweise die Autoren dieses Beitrags unter anderem kritisch mit dem „Xinjiang-Konflikt“ und der „Taiwanfrage“. Viele andere Beispiele ließen sich anführen. Es ist schlichtweg eine falsche Behauptung, die deutsche Chinaforschung verschleie die Augen vor den unangenehmen Themen. Auch wenn es die neuen Kreuzritter nicht wollen, eine seriöse Chinaforschung braucht Differenzierung. Polarisierung macht sie blind, seicht und letztlich obsolet.

Björn Alpermann ist Professor für Contemporary Chinese Studies am Institut für Kulturwissenschaften Ost- und Südasiens an der Universität Würzburg. **Gunter Schubert** ist Professor für Greater China Studies am Asien-Orient-Institut der Universität Tübingen.

Biete Förderung, suche Wissenschaftler

Die Hilfsangebote für ukrainische Forscher sind kaum noch zu überschauen. Wie erreichen sie die Bedürftigen? / Von Arnold Bartetzky und Karin Reichenbach

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat in Deutschland wie in vielen anderen Ländern eine große Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgelöst. Fast so unüberschaubar wie die Spendensammlungen und humanitären Aktionen sind inzwischen Unterstützungsangebote für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Kriegsregion. Dazu gehören vor allem Stipendien und Gastwissenschaftlerprogramme, mit denen geflüchtete Forscher die Möglichkeit erhalten sollen, ihre Arbeit in Sicherheit fortzusetzen. Die Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die gefährdete Wissenschaftler aus verschiedenen Teilen der Welt unterstützt, verlängerte umgehend die Antragsfrist und vereinfachte das Verfahren für Bewerber aus der Ukraine. Auch von anderen großen deutschen Wissenschaftsorganisationen wurden Förderprogramme auf den Weg gebracht. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft weitete das Walter-Benjamin-Programm für geflüchtete Wissenschaftler aus, die Volkswagenstiftung legte ein großzügiges Gastforschungsprogramm auf.

Hinzu kommen kleinere Fonds, die zusätzliche Finanzierungsnischen bieten. Mehrere Universitäten von Bremen bis München etwa kooperieren mit dem

Netzwerk Scholars at Risk und verschiedenen Osteuropaeinrichtungen, um eigene Stipendien anbieten zu können. Forschungsinstitute nutzen ihre Fördervereine, um mit Spenden Stellen zu schaffen. In einigen Bundesländern rich-



Aus Vorkriegszeiten: Jurastudenten an der Universität Kiew. Foto Imago

ten auch die Wissenschaftsministerien Förderpotöpfe ein.

Fast täglich kommen weitere Initiativen hinzu. In der vergangenen Woche überschlugen sich in den akademischen Netzwerken geradezu die Nachrichten über Hilfsangebote unterschiedlichster Institutionen. Die Not und die Gefahren, in die Russlands Krieg Wissenschaftler ebenso wie andere Berufsgruppen in der Ukraine stürzt, ließen mit einer großen Nachfrage rechnen. Der erwartete Andrang bleibt aber bisher aus. Manch eine Initiative sucht bisher sogar vergeblich nach potentiellen Kandidaten für die Förderung.

Dass die Angebote bisher kaum ihre Zielgruppe erreichen, hat verschiedene Gründe. Dazu gehören die geringe Sichtbarkeit der Ukraine in der deutschen Wissenschaft und, in deren Folge, der Mangel an direkten Kontakten. Die wissenschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern im östlichen Europa, etwa zu Russland, Polen oder auch den baltischen Staaten, sind deutlich enger als zu der seit Jahrzehnten von politischen Verwerfungen geplagten und durch Putins Regime systematisch destabilisierten Ukraine.

Noch schwerer wiegt aber, dass die Menschen in der Ukraine, und damit auch die Wissenschaftler, in diesen Tagen ganz andere Nöte haben, sodass sie wohl gar nicht erst dazu kommen, an einen ret-

tenden Forschungsaufenthalt im Ausland zu denken. Männer zwischen achtzehn und sechzig Jahren dürfen das Land ohnehin nicht verlassen, weil sie wehrpflichtig sind. Und die meisten Frauen, so ist zu vermuten, werden in dieser Situation ihre Familien nicht im Stich lassen wollen. Wer um sein Leben fürchten muss und sich um die Nächsten ängstigt, die Nächte im Bunker verbringt und unter schwierigsten Bedingungen die Versorgung mit dem Nötigsten zu organisieren hat oder in einem überfüllten Zug unterwegs ins Ungewisse ist, wird kaum die Konzentration aufbringen, Bewerbungen zu schreiben oder auch nur sich über die Angebote zu informieren.

Ein weiteres Hindernis sind zum Teil formale Anforderungen, die für die wenigsten Wissenschaftler aus der Ukraine zu erfüllen sind. So ist meist die abgesehene oder zumindest begonnene Promotion Voraussetzung für die Bewerbung. Während der Dokortitel in Deutschland als Eintrittskarte in die Welt der Wissenschaft und als Dekorum unterschiedlichster Karrierewege fungiert, ist er in der Ukraine selbst beim wissenschaftlichen Leitungspersonal nicht unbedingt die Regel. Die meisten wissenschaftlich Tätigen aus der Ukraine dürften also allein schon an dieser Hürde scheitern – nicht weil es ihnen an fachli-

cher Qualifikation mangelt, sondern weil sie aus einem Bildungssystem kommen, das nicht so inflationär Doktoren produziert wie die deutschen Hochschulen.

Angesichts solcher Unterschiede ist es geboten, die Qualifikation potentieller Bewerber nicht mit den Standards des deutschen Wissenschaftsbetriebs zu messen, und generell sollte das für reguläre Stipendiausschreibungen geltende Prinzip der Bestenauslese in Anbetracht der ukrainischen Tragödie ausgesetzt werden. Denn hier geht es um schnelle Hilfe für Akademiker in akuter Notlage und nicht um für beide Seiten prestigeträchtige Fellowships. Deshalb sollten auch die Bewerbungsverfahren so einfach wie möglich sein. Prozeduren, die aufwendige Formulare mit einer Vielzahl von Anhängen erfordern und sich über Monate hinziehen, erscheinen in der Situation, in der sich Wissenschaftler derzeit in der Ukraine oder auf dem Fluchtweg befinden, ziemlich realitätsfremd.

Zunächst müssen die Informationen über die zahlreichen Hilfsangebote aber ihre Adressaten erreichen. Zu diesem Zweck sollten sie stärker gebündelt werden. Dafür gibt es international schon Ansätze, etwa die Twitteraktion „Science for Ukraine“, die konkrete Stellenausschreibungen sammelt und auf einer Website kartiert, oder die von der Uni-

versity of New Europe und dem Akademischen Netzwerk Osteuropa erstellte umfangreiche Liste mit Unterstützungsangeboten. Noch besser wäre ein moderiertes zentrales Portal, das die Hilfesuchenden mit Gastinstitutionen zusammenbringt. Dafür ist aber eine Finanzierung erforderlich, weil die ehrenamtlich tätigen Unterstützer schnell an ihre Belastungsgrenzen kommen. Der einfachste Weg zu den Betroffenen führt aber über die direkte Ansprache. Institute mit Osteuropakompetenz wären die idealen Kontaktvermittler. Umso bedauerlicher ist es in dieser Situation, dass entsprechende Lehrstühle zuletzt eher Kürzungen als Ausbau erfuhren.

Neben Wissenschaftlern aus der Ukraine sollten sich die Programme grundsätzlich auch an ihre zahlreichen mutigen Kollegen in Russland und Belarus richten, die unter hohem persönlichem Risiko gegen den Angriffskrieg protestieren. Wenn sie noch in Freiheit sind, werden sie massiv eingeschüchtert. Sie sind ebenfalls Opfer von Putins Gewaltherrschaft, die unsere Solidarität verdienen.

Arnold Bartetzky leitet die Abteilung Kultur und Imagination am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa in Leipzig. **Karin Reichenbach** ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin.